

Nützliche Nachrichten 11/2006

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Sparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 7. Dezember 2006

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Der Kommentar

Weiß die EU was sie tut?

Andreas Buro

Die EU-Kommission hat Vorschläge gemacht, wie man die Türkei in der Zypern-Frage (s. die Meldungen in dieser Ausgabe) unter Druck setzen könne. Am 11. Dezember sollen die EU-Außenminister darüber beraten. In vielen Medien tönt es schon jetzt, man müsse gegenüber der Türkei hart auftreten. Man dürfe nicht hinnehmen, dass sie ein von ihr unterzeichnetes, aber nicht ratifiziertes Abkommen gegenüber einem Mitgliedsland der EU nicht einhalte. Dabei schwingen im Hintergrund alle Vorbehalte gegen einen EU-Beitritt der Türkei mit – christliche wie weltliche. Während ich dies schreibe, kommt die Meldung, Ankara habe die Öffnung eines See- und eines Flughafens für Zypern angeboten. Die bisherigen Reaktionen aus Deutschland und der EU waren eher zurückhaltend.

Ich will mich nicht auf eine rechtliche Auseinandersetzung hier einlassen, sondern politisch argumentieren. Wie konnte nur die EU Zypern als Mitglied aufnehmen, obwohl es nicht vorher seine Spaltung überwunden hatte? Ein schwerer Fehler! Wieso soll man hart gegen die Türkei vorgehen, wenn doch die Türkei sich für eine Lösung des Zypern-Problems entsprechend dem Vorschlag des UN-Generalsekretärs eingesetzt hat und die Bewohner des türkischen Teils der Insel dafür stimmten, während der griechische Teil, angefeuert von seinen Eliten, den Plan ablehnten? Warum eigentlich erfüllt die EU nicht Ihre Zusage, Verkehr und Handel mit dem türkischen Teil Zyperns

zuzulassen und so seine Isolierung aufzuheben. In diesem Falle kann wirklich nicht der Schwarze Peter der Türkei zugeschoben werden.

Doch es geht um noch mehr. In der Türkei ist die Zuneigung zur EU in der letzten Zeit erheblich zurückgegangen. Nationalistische Töne werden stärker, nicht zuletzt ermuntert vom türkischen hohen Militär, das durch eine Annäherung der Türkei an die EU und die dazu notwendigen Reformen seine Machtstellung im Lande für gefährdet hält. Das Militär hat in der Gesellschaft der Türkei ein hohes Ansehen, verfügt über große Mittel und erhebliche Eigenständigkeit gegenüber der Regierung, die ja bekanntlich auf die EU-Karte gesetzt hat.

Wenn nun die EU und viele wichtige ihrer Mitgliedsstaaten und die Öffentlichkeit in ihren Gesellschaften nun mit Strafen gegen die Türkei drohen, so arbeiten sie direkt oder indirekt in die Hände der türkischen Generalität, die mit Demokratisierung des Landes nach drei Militärputschen nur wenig im Sinne hat. Eine delikate Koalition! Damit zwingen sie gleichzeitig die AKP-Regierung unter Premierminister Erdogan, die 2007 zwei wichtige Wahlen – Präsidentschaft und Parlament – vor sich hat, sich zunehmend der nationalistischen Stimmung im Lande anzupassen. Das bedeutet selbstverständlich, dass er sich kaum der längst überfälligen Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts annehmen kann, ohne die Wahlchancen seiner Partei zu gefährden. Ohne die Lösung dieses Konfliktes aber, wird es in der Türkei keine wirkliche Demokratisierung und keine Weiterentwicklung der Praxis in Bezug auf die Menschenrechte geben, was wiederum die EU bei den Verhandlungen monieren und mit Strafantrohungen beantworten kann.

Vermutlich haben viele der Verantwortlichen in der EU diesen Zusammenhang nicht im Blick. Es ist um so wichtiger sie darauf hinzuweisen und von ihnen eine konstruktive vorausschauende Politik der Unterstützung einer friedlichen Konfliktlösung einzufordern. Die EU würde sich selbst einen wichtigen Dienst erweisen, auf das türkische Angebot einzugehen und dies als Chance zur Korrektur der eigenen Fehler zu begreifen.

Ereignis-Kalender

Winterhilfe für kurdische Vertriebene

Wie jedes Jahr plant Pro Humanitate e.V. kurdische Vertriebenenfamilien mit Grundnahrungsmitteln zu unterstützen. Ihnen hilft weder die türkische Regierung noch die in ihren Jahresberichten auf die Notlage der Vertriebenen hinweisende EU. In den letzten 10 Jahren hat Pro Humanitate e.V. über 37.000 kurdischen Vertriebenenfamilien (etwa 350.000 Menschen) humanitäre Nothilfe geleistet. Da die Türkei seit dem 3. Oktober 2005 mit der EU über ihren Beitritt verhandelt, werden Nothilfeprogramme für die Binnenvertriebenen nicht mehr vom Auswärtigen Amt unterstützt. Offiziell hieß es, dass es in einem EU-Kandidatenland keine Nothilfe geben darf.

Mit der Winterhilfe wird Pro Humanitate in diesem Jahr die Vertriebenen in Batman unterstützen. Batman wurde Anfang November 2006 von einer Flutkatastrophe heimgesucht. Viele Menschen verloren ihr Leben, 12.000 Häuser wurden beschädigt und Zehntausende wurden obdachlos.

Durch die Vertreibungen in den 1990er Jahren wurde neben Diyarbakir und Van, auch Batman eine der wichtigsten Sammelbecken der Vertriebenen.

Wie überall in den kurdischen Gebieten leben Menschen auch in Batman in bitterer Armut und Not. Viele der Vertriebenen würden gerne auf ihre Felder und in ihre Dörfer zurückkehren, doch ist dies fast unmöglich. Auch sind ihre Häuser zerstört, ihre Weiden und Dörfer vermint, sie haben kein Vieh mehr, die Gärten sind verwüstet und Obstbäume gefällt. Deshalb ist selbst in den Sommermonaten die Not groß, die Ernährung unzureichend, im Winter kommt Kälte und Feuchtigkeit als Ursache von Krankheiten sowie Mangelernährung bei den teureren Lebensmittelpreisen dazu.

Mit 40-50 Euro können Sie eine kinderreiche Familie mit Grundnahrungsmitteln bestehend aus 50 kg Mehl und je 5 kg Reis, Nudeln, Weizengrütze, Linsen, Öl, Zucker sowie 2 kg Tomatenmark und Gemüse und Obst unterstützen.

Für Spenden: Pro Humanitate e.V., Konto: 10 262 533, BLZ: 370 501 98, Sparkasse KölnBonn.

Über eine Million Hungernde in Diyarbakir

Nach einer Erhebung des in Diyarbakir von 21 Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen gegründeten „Vereins zur Bekämpfung von Armut und für dauerhaften Aufschwung“ leben in der Stadt 1.080.000 Menschen (= 80,7 % der Bevölkerung) unter der Hungergrenze. Die Erhebung beruht auf einer Umfrage mit 1120 Personen.

(ANF, 22.10.06, ISKU)

24 JournalistInnen im Gefängnis

Wie das Solidaritätsbündnis für inhaftierte JournalistInnen mitgeteilt, befinden sich in der Türkei 24 JournalistInnen im Gefängnis. Darunter sind auch drei KorrespondentInnen der Nachrichtenagentur DIHA, Atılım Gazetesi, Özgür Radyo, Dayanışma Gazetesi und Ekmek ve Adalet Dergisi sowie Mitarbeiter der Zeitschrift Özgür Halk. Das Bündnis fordert die Abschaffung des Antiterrorgesetzes und die Freilassung aller nach diesem Gesetz inhaftierten Journalisten.

(Yeni Özgür Politika, 26.10.06, ISKU)

Leyla Zana:

EU soll Waffenstillstand unterstützen

Auf Einladung der Ralfo-Stiftung in Norwegen, die den Ralfo-Friedenspreis an Leyla Zana verliehen hatte, befand sich die kurdische Politikerin in Bergen, wo sie auf der zwanzigjährigen Jubiläumsfeier die AKP aufforderte, nicht die gleichen Fehler wie die Regierungen vor ihr zu machen.

In einer auf kurdisch gehaltenen Rede informierte Zana die Anwesenden über historische Aspekte der kurdischen Frage und den Demokratisierungsprozess in der Türkei. In der Etappe, in der man heute angelangt sei, blühe die Hoffnung auf Frieden.

Lösungsmethoden, die der Vergangenheit angehörten, müssten endlich zurück gelassen werden, so Zana. „Ich bin davon überzeugt, dass es unumgänglich ist, sich komplett von Gewalt und Waffen, von Verleugnung und Vernichtung zu verabschieden, sich in Frieden und Demokratie zu treffen und sich dementsprechend gegenseitig neu zu strukturieren.“ Die gemeinsame Sehnsucht des kurdischen und türkischen Volkes sei ein bleibender und würdevoller Frieden, der nicht nach Siegern und Besiegten suche.

Die kurdische Frage sei in erster Linie ein internes Problem der Türkei, jedoch beständen aufgrund der Tatsache, dass auch im Irak, im Iran und in Syrien Kurden lebten, regionale Besonderheiten. Aus diesem Grund sei die kurdische Frage zu einem internationalen Problem geworden. „Wenn die Rechte der Kurden unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Länder, in denen sie leben, anerkannt und legale demokratische Kanäle geöffnet werden, kann es zu einer friedlichen Lösung kommen, ohne die bestehenden Grenzen zu verändern. Natürlich muss das Problem über innere Dynamiken und im Inland gelöst werden. Allerdings müssen die USA, die EU und andere europäische Länder sowie Friedensaktivisten und -institutionen auf eine friedliche Lösung setzen, eine solche unterstützen und ihre Erfahrungen teilen.“

Die Türkei könne EU-Mitglied werden, wenn sie für ihre Bürger ausnahmslos eine zeitgenössische Demokratie gewährleiste und die kurdische Frage friedlich löse. Allerdings bedeuteten diese Worte nicht, dass die Beitrittsverhandlungen gestoppt werden sollten. „Im Gegenteil betrachte ich die EU als Projekt einer demokratischen Zivilisation zum Nutzen der Völker und glaube fest daran, dass sie unterstützt werden muss.“ Der Waffenstillstand der PKK müsse von der EU für den Frieden genutzt werden. „Ich denke, dass der von den kurdischen bewaffneten Kräften am 1. Oktober 2006 ausgerufenen Waffenstillstand eine historische Gelegenheit beinhaltet und es lebenswichtig ist, dass Verantwortung dafür übernommen wird, ihn in einen positiven Frieden umzuwandeln. Ich möchte besonders betonen, dass Erfahrungen wie mit der ETA und anderen auch die Basis dafür bilden, auf die Beziehung EU-Türkei überzugreifen. Es tut mir leid sagen zu müssen, dass

ähnliche Entwicklungsprozesse leider von vergangenen Regierungen nicht genutzt wurden. Deshalb ist es sinnvoll und wichtig, die jetzige Regierung dazu zu ermutigen.“ Sie hoffe, dass die AKP nicht den gleichen Fehler begehen werde, fügte Leyla Zana hinzu.

Gegen Ende ihrer Rede erklärte Leyla Zana an die Anwesenden und die Rafto-Stiftung gewandt, in Diyarbakir müsse ein Menschenrechtszentrum eingerichtet werden und schlug weiterhin vor, die Preisverleihung der Rafto-Stiftung im kommenden Jahr in Diyarbakir abzuhalten.

(ANF, 3.11.06, ISKU)

IHD: Folter dauert an

Nach einem Bericht des Menschenrechtsvereins IHD über die ersten drei Quartale des Jahres 2006 sind in der gesamten Türkei im Zeitraum Januar bis September 299 Menschen in Auseinandersetzungen ums Leben gekommen, davon 180 Angehörige der Sicherheitskräfte, 117 Organisationsmitglieder und zwei Zivilisten. 91 Personen wurden verletzt. Von den Verletzten sind 244 Angehörige der Sicherheitskräfte, 46 Zivilisten sowie ein Organisationsmitglied. Durch extralegale Hinrichtung sind 36 Menschen ums Leben gekommen, durch „Morde unbekannter Täter“ 17, nach der Festnahme 2 und in den Strafvollzugsanstalten 12 Personen. Durch Minen und andere Explosionen wurden 32 Menschen getötet und 110 weitere verletzt..

Weiterhin registrierte der Menschenrechtsverein 4610 Festnahmen und 51 Fälle von „Verschwundenen“, davon zwei nach der Festnahme und einer im Gefängnis. In der Kategorie Entführung, Bedrohung, Zwang zur Übernahme der Dorfschützerfähigkeit und Angebot der Spitzeltätigkeit sind 178 Fälle festgehalten. 1384 Personen wurden aus verschiedenen Gründen verhaftet, 206 Wohnungen durchsucht und 44 Personen angegriffen. Davon waren 27 Journalisten und 17 Mitglieder politischer Parteien oder Vereine.

427 Fälle von Folter, Misshandlung und sexuellen Übergriffen wurden registriert, davon 147 in Gewahrsam, 189 außerhalb offiziellen Gewahrsamsstellen. Trotz dieser hohen Anzahl ist laut IHD-Bericht lediglich ein Prozess wegen Folter neu eröffnet worden.

(ANF, 3.11.06, ISKU)

Prozess gegen Mehdi Zana

Anfang November begann in Istanbul der Prozess gegen den kurdischen Politiker und Menschenrechtler Mehdi Zana, dem ein Verstoß gegen § 301 des türkischen Strafrechts vorgeworfen wird. Trotz scharfer Kritik von Menschenrechtsorganisationen und der EU an dem Paragraphen, der die „Herabwürdigung des Türkentums“ unter Strafe stellt und bis zu drei Jahren Haft androht, werden jedes Jahr mehrere Journalisten, Politiker und Intellektuelle aufgrund § 301 angeklagt. Zuletzt wurde im September ein Prozess gegen den armenischen Journalisten Hrant Dink eingeleitet.

Mehdi Zana, der mit der kurdischen Politikerin Leyla Zana verheiratet ist, gilt in der Türkei als ein unbeugsamer kurdischer Demokrat. Bereits Ende der 1970er-Jahre wurde er zum Bürgermeister von Diyarbakir gewählt. Nach dem Militärputsch 1980 wurde er verhaftet, gefoltert und verbrachte viele Jahre im Militärgefängnis Nr. 5 in Diyarbakir. Über seine Erfahrungen schrieb er später sein auch ins Deutsche übersetztes Buch „Hölle Nr. 5“.

In einem Interview mit dem Magazin „Tempo“ hatte er vor kurzem erklärt, dass Kurdistan zwischen vier Staaten aufgeteilt wäre. Der Osten und Südosten der Türkei wäre Kurdistan und niemand könne dies leugnen. Iran und Irak hätten diese Realität akzeptiert, die Türkei würde sie jedoch weiterhin leugnen. Dafür muss sich der 65-jährige nun vor Gericht verantworten. In einer mail an Wadi-Obmann Thomas Schmidinger erklärte er: „Kurden haben Schmerzen, Folter, Exil, Massaker und die Leugnung ihrer grundlegendsten Rechte erlebt. Dieser Prozess zeigt, dass sich Kurden in der Türkei immer noch nicht frei äußern können.“

(ANF, 5.11.06; Mesop, 6.11.06)

Demirtas (IHD) zu 2,5 Jahren Haftstrafe verurteilt

In zwei verschiedenen Prozessen ist der Vorsitzende der Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD in Diyarbakir, Selahattin Demirtas, zu insgesamt 2,5 Jahren Haft verurteilt worden. Angeklagt war der Menschenrechtler aufgrund von Redebeiträgen zu einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage und der Isolationshaft von Abdullah Öcalan wegen „Werbung für eine terroristische Organisation“ nach Paragraph 220/8 des türkischen Strafgesetzbuches. Seine Redebeiträge waren von dem kurdischen Fernsehsender Roj-TV sowie dem regionalen Sender Gün-TV in Diyarbakir ausgestrahlt worden. Die Verteidigung hatte Freispruch gefordert, da ihr Mandant lediglich Dinge erklärt habe, die in den Rahmen der freien Meinungsäußerung fielen.

Demirtas kündigte Berufung an: „In beiden Redebeiträgen habe ich gefordert, dass die Isolation Öcalans aufgehoben und Gespräche mit Öcalan geführt werden, um die Gewalt in der kurdischen Frage zu beenden und eine friedliche Lösung zu entwickeln.“ Weiter wies er darauf hin, dass zwar über den Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches zurzeit viel diskutiert werde, der Artikel 220/8 des Strafgesetzbuches sowie Artikel 7 des Antiterrorgesetzes, mit denen vor allem Kurden kriminalisiert würden, fänden dagegen keine Beachtung in der Öffentlichkeit.

Rechtsanwalt Demirtas nahm am dem Treffen des Dialog-Kreises am 27. Oktober in Köln teil und berichtete über den Stand des Waffenstillstandes und Menschenrechtsverletzungen in den kurdischen Gebieten.

(DIHA, 14.11.06, ISKU)

Türkei setzt militärische Kontakte zu Frankreich aus

Nach der Verabschiedung des heftig diskutierten Armenier-Gesetzes in der Pariser Nationalversammlung habe die Türkei ihre Kontakte im militärischen Bereich ausgesetzt, erklärte Heereschef General Ilker Basbug am 15. November 2006.

Die französische Abgeordnetenversammlung billigte Mitte Oktober trotz heftigen Widerstands der Türkei und Bedenken der eigenen Regierung den Gesetzentwurf: Das Parlament hatte den Tod von annähernd 1,5 Millionen Armeniern im Osmanischen Reich in den Jahren 1915 bis 1923 bereits 2001 offiziell als Völkermord anerkannt, dem neuen Gesetzentwurf zufolge soll dessen Leugnung künftig mit bis zu fünf Jahren Gefängnis und 45.000 Euro Strafe geahndet werden.

(Der Standard, 15.11.06; Die Welt, 16.11.06)

Gündern für zwei Wochen verboten

Die in Istanbul erscheinende Tageszeitung Ülkede Özgür Gündern ist vom 10. Gericht für schwere Straftaten Istanbul für 15 Tage verboten worden. Bereits vor drei Monaten war ein zweiwöchiges Verbot ausgesprochen worden.

Am 10. November hatte Generalstabschef Yasar Büyükanit in Anspielung auf die Zeitung gegenüber Journalisten erklärt, das Erscheinen von Publikationen der PKK müsse verboten werden. Nur sechs Tage später kam die Justiz der Forderung des Militärs nach. In 13 Ausgaben der Zeitung im Oktober und November wurde die Staatsanwaltschaft fündig: Es werde für die PKK geworben und „die Straftaten einer Terrororganisation sowie Straftäter gelobt“, befand das Istanbuler Gericht.

Redaktionsleiter Nurettin Firat bezeichnete das Verbot als „Schlag gegen den Demokratisierungsprozess der Türkei“. Der eindeutigste Beweis für das Fehlen von Demokratie in dem Land sei die Macht des Militärs. „General Yasar Büyükanit sieht sich im Recht, in allen Angelegenheiten zu intervenieren. Er verweist auf unsere Zeitung und sagt, ihr Erscheinen dürfe nicht erlaubt werden. Nur eine knappe Woche später wird sie verboten.“

Seit dem erstmaligen Erscheinen der Tageszeitung am 1. März 2004 sind gegen Mitarbeiter über 600 Prozesse eröffnet worden.

(ANF, 16.11.06, ISKU)

Menschenrechtsorganisationen kritisieren Türkei

Die Internationale Liga für Menschenrechte (FIDH) und die Weltorganisation gegen Folter (OMCT) haben in einer gemeinsamen Presseerklärung auf die Lage von Menschenrechtlern in der Türkei aufmerksam gemacht und die Installation eines Kontrollmechanismus über den Europarat gefordert.

Als Beispiel für den Druck, dem Menschenrechtler in der Türkei ausgesetzt sind, wird in der Erklärung die Bedrohung von AktivistInnen des Menschenrechtsvereins IHD genannt. So seien Kiraz Biçici, Eren Keskin, Dogan Genc und Şaban Dayanan von der Istanbuler Zweigstelle des Vereins im April 2005 von den Türkischen Rachebrigaden (TIT, die sich auch zu dem Bombenanschlag in einem öffentlichen Park in Diyarbakir mit zehn Toten bekannt haben) mit dem Tod bedroht worden. Des Weiteren werden Menschenrechtsaktivisten mit Prozessen überhäuft.

Als weiteres Beispiel wird die Verhaftung und Misshandlung von zwei IHD-AktivistInnen aus Mardin nach den blutigen Auseinandersetzungen Ende März diesen Jahres in der kurdischen Region genannt. Hüseyin Cangir und Erdal Kuzu seien verhaftet, von einem Militärarzt geschlagen und weiteren Misshandlungen ausgesetzt worden. Ähnliches sei dem Sprecher der Demokratieplattform Diyarbakir, Ali Öncü, sowie den Gewerkschaftlern Necdet Atalay, Resit Yaray und Mursel Kayar widerfahren.

Die Erweiterung des Rechtes auf Vereinsgründung im Jahr 2004 spiegelte sich in der Praxis nicht wieder, befanden die beiden internationalen Menschenrechtsorganisationen. Insbesondere Personen und Einrichtungen, die sich mit der Verteidigung von Minderheitenrechten beschäftigten, würden in ihrer Arbeit mit verschiedenen Methoden behindert. Der Europarat sei aufgefordert, zur Beobachtung der Situation von Menschenrechtlern in der Türkei einen juristischen Mechanismus zu installieren.

(ANF, 16.11.06, ISKU)

Einminütige Livesendung bei Gün TV

Eine im Rahmen der Literaturtage in Diyarbakir geplante Livesendung beim Regionalsender Gün TV musste wegen des aufdringlichen Verhaltens der anwesenden Polizei abgebrochen werden.

Geplant war eine Diskussionsrunde von zwanzig SchriftstellerInnen aus Diyarbakir über Probleme in der literarischen Arbeit. Die anwesende Polizei bestand darauf, die Livesendung mit eigenen Kameras aufzunehmen. Als sich Mitarbeiter des Senders und der Stadtverwaltung von Diyarbakir dagegen aussprachen, kam es zu hitzigen Diskussionen, woraufhin Gün TV die Sendung abbrach. Der Moderator Adil Kurt erklärte: „Erstmalig hat eine Livesendung nur eine Minute gedauert. Ich wünschte, das hätte nicht uns getroffen.“ Das Beharren der Polizei, die Sendung aufzunehmen, sei nicht akzeptabel und widerspreche Prinzipien und Ethik der Medien. Die anwesenden SchriftstellerInnen unterstützten die Haltung des Senders mit Beifall und protestierten gegen das Vorgehen der Polizei und des Gouverneursamtes.

(ANF, 18.11.06, ISKU)

Verbote beschränken sich nicht auf Artikel 301

Auf einer Pressekonferenz haben Menschenrechtler verschiedener Organisationen in Diyarbakir darauf hingewiesen, dass nicht nur der umstrittene Artikel 301 des neuen türkischen Strafgesetzbuches geändert werden müsse, sondern weitere Artikel die Meinungsfreiheit einschränkten. Als Vorsitzender der Anwaltskammer erklärte Rechtsanwalt Sezgin Tanrikulu, alle Beschränkungen der Meinungsfreiheit müssten aufgehoben werden. Die Auswirkungen negativer neuer Gesetzesregelungen zeigten sich in jüngst ausgesprochenen Gerichtsurteilen. Eine Verbesserung der entsprechenden Artikel 220/8 („Werben für eine Organisation“), 288 sowie 301 sei nicht möglich. „Die Diskussion über die Meinungsfreiheit beschränkt sich aufgrund der Prozesse gegen Schriftsteller auf Artikel 301. Zweifellos muss dieser Artikel abgeschafft werden. Aber insbesondere Meinungen zur kurdischen Frage werden nach Artikel 220/8 StGB verhandelt.“

So seien am Strafericht Diyarbakir nach Artikel 60 Prozesse gegen 150 Personen eingeleitet worden. Von diesen seien 26 abgeschlossen, 46 Personen seien verurteilt worden.

(Gündern online, 21.11.06, ISKU)

Verbote beschränken sich nicht auf Artikel 301

Auf einer Pressekonferenz haben Menschenrechtler verschiedener Organisationen in Diyarbakir darauf hingewiesen, dass nicht nur der umstrittene Artikel 301 des neuen türkischen Strafgesetzbuches geändert werden müsse, sondern weitere Artikel die Meinungsfreiheit einschränkten. Artikel 301, nach dem bekannte Persönlichkeiten wie der Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk vor Gericht gestellt wurden, war unter anderem durch den Druck der EU in die Diskussion geraten.

Auf der Pressekonferenz sprachen Vertreter von der Anwaltskammer Diyarbakir, dem Menschenrechtsverein IHD sowie von Mazlum-Der. Als Vorsitzender der Anwaltskammer erklärte Rechtsanwalt Sezgin Tanrikulu, alle Beschränkungen der Meinungsfreiheit müssten aufgehoben werden. Die Auswirkungen negativer neuer Gesetzesregelungen zeigten sich

in jüngst ausgesprochenen Gerichtsurteilen. Eine Verbesserung der entsprechenden Artikel 220/8 („Werben für eine Organisation“), 288 sowie 301 sei nicht möglich. „Die Diskussion über die Meinungsfreiheit beschränkt sich aufgrund der Prozesse gegen Schriftsteller auf Artikel 301. Zweifellos muss dieser Artikel abgeschafft werden. Aber insbesondere Meinungen zur kurdischen Frage werden nach Artikel 220/8 StGB verhandelt.“

So seien am Strafgericht Diyarbakir nach besagtem Artikel 60 Prozesse gegen 150 Personen eingeleitet worden. Von diesen seien 26 abgeschlossen, 46 Personen seien verurteilt worden. Einer davon ist der Vorsitzende der IHD-Zweigstelle in Diyarbakir, Rechtsanwalt Selahattin Demirtas, der in zwei verschiedenen Fällen aufgrund von Redebeiträgen zu insgesamt 2,5 Jahren Haftstrafe verurteilt worden ist.

(Gündem online, 21.11.06, ISKU)

DTP-Aktionsplan für Waffenstillstand

Der DTP-Vorstand hat zur Unterstützung des einseitig von der PKK ausgerufenen Waffenstillstands einen Aktionsplan verabschiedet. Demnach werden in Diyarbakir und Istanbul Demonstrationen stattfinden. Weiterhin ist ein Marsch auf Ankara geplant, an dem sich Bürgermeister, Stadträte und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie Kandidaten der letzten Parlamentswahlen im Jahr 2002 beteiligen werden.

Auf regionaler Ebene werden weitere Friedenskonferenzen organisiert. Mitglieder des Vorstandes werden zum Thema Waffenstillstand weiter das Gespräch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen suchen.

Weiterhin wurde der Beginn einer Kampagne zum Thema Meinungsfreiheit beschlossen.

(Yeni Özgür Politika und ANF, 22.11.06, ISKU)

Deutscher Botschafter in Kurdistan/Irak

Der neue deutsche Botschafter im Irak, Martin Kobler, hat am 21. November das Büro der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) in Arbil besucht und sich über die Menschenrechtsarbeit der GfbV-Sektion Kurdistan/Irak informiert. Mit Blick auf die Rechte und den Schutz der Minderheiten und Nationalitäten wies der Präsident der GfbV-International, Tilman Zülch, bei dem Gespräch mit dem Botschafter darauf hin, dass der kurdische Bundesstaat im Nordirak auf dem Weg zu einem Vorbild für die Länder des Nahen Ostens sei. Anerkannt wurde von der Menschenrechtsorganisation, dass Angehörige der so genannten kleineren Völker der assyro-chaldäischen Christen und Turkmenen sowie der religiösen Gemeinschaft der Yezidi in der Administration vertreten seien.

Der Botschafter versicherte, ihm läge die Autonomie und Entwicklung des kurdischen Bundesstaates besonders am Herzen und betonte, dass Nationalitätenrechte eine entscheidende Grundlage für den Weg zu einer rechtsstaatlichen Zivilgesellschaft seien.

An dem Gespräch mit dem Botschafter nahmen zwölf Mitglieder des 25-köpfigen Beirates der GfbV- Kurdistan/Irak teil, unter ihnen Staatsminister Dr. Daxil als Vertreter der Yezidi, der Tourismusminister und Repräsentant der christlichen Assyro-Chaldäer Namrud Bayto, Frau Nazdar Mahmud als Vertreterin der Barzan-Frauen sowie Yusif Dzayi, der Generalsekretär der Organisation der überlebenden Anfal-Opfer. Anfal hieß die unter dem irakischen Diktator geführte Vernichtungsaktion, bei der auch Giftgas eingesetzt wurde.

(PM der GfbV, 22.11.06; nahost@gfbv.de, www.gfbv.de)

Türkische Christen vor Gericht

Zwei zum Christentum konvertierte Türken stehen seit 23. November 2006 wegen Verunglimpfung des Türkentums und Anstiftung zum religiösen Hass gegen den Islam vor Gericht. Die Behörden werfen den beiden 37 und 46 Jahre alten Männern laut der türkischen Nachrichtenagentur Anadolu Ajansi in diesem Zusammenhang vor, sie hätten versucht, andere Türken zum Christentum zu bekehren. Grundlage der Anklage ist der umstrittene Paragraf 301, der die "Verunglimpfung des Türkentums" unter Strafe stellt. Die Europäische Union fordert schon seit längerem eine Abschaffung dieses Tatbestandes. Der Prozess begann wenige Tage vor dem Türkei-Besuch von Papst Benedikt XVI., bei dem das Oberhaupt der Katholiken auch auf eine Stärkung der Rechte der christlichen Minderheit in der Türkei dringen dürfte.

(APA/AP, 24.11.06, mesop, 28.11.06)

Haftstrafe gegen Redakteur der kurdischen Zeitung

Der Chefredakteur der kurdischen Tageszeitung Azadiya Welat, Hamdullah Yilmaz, ist in zwei verschiedenen Prozessen zu insgesamt vier Jahren und drei Monaten Haftstrafe verurteilt worden. Azadiya Welat erschien als Tageszeitung erstmalig am 15. August 2006. Seitdem laufen Dutzende Prozesse gegen Mitarbeiter der in Diyarbakir erscheinenden Zeitung.

In einer schriftlichen Erklärung bezeichnete Yilmaz die Begründung, mit der die Strafverfahren gegen ihn eingeleitet worden seien, als „vollkommen willkürlich“. Ziel der Zeitung sei es, die kurdischen Medien zu fördern und der kurdischen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, Nachrichten in ihrer eigenen Sprache zu lesen. Dutzende an die kurdische Öffentlichkeit gerichtete Meldungen seien „aufs Geratewohl und in nicht wissenschaftlicher Form“ übersetzt und als Vorwand für Strafverfahren verwendet worden.

Einer der Prozesse geht zurück auf einen Artikel über den Bombenanschlag in Diyarbakir am 12. September 2006, der zehn Menschen das Leben kostete und zu dem sich die „Türkischen Rachebrigaden“ bekannten. Als Strafbestand wurde dabei die Verwendung des Begriffs „tiefer Staat“ („Staat im Staate“) geltend gemacht. Wie Yilmaz erklärte, komme die darauf basierende Verurteilung einem juristischen Schutz eben jener kriminellen Banden gleich, aus denen sich der „tiefe Staat“ zusammensetze.

(DIHA, 26.11.06, ISKU)

Die PKK will ihre Archive öffnen

Murat Karayilan, der Vorsitzende des Exekutivrats der KKK, sagte, dass sie ihre Archive öffnen würden, um einen Beitrag zur Ermittlung von Verbrechen zu leisten. Er sagte aber auch, dass der türkische Staat bereit sein müsse, die eigenen Verbrechen aufzudecken. Dabei gehe es nicht um getötete Guerillas, sondern um die Verletzung von Gesetzen im Krieg. Karayilan sagte weiter, dass Wahrheits- und Gerechtigkeitskommissionen in der Türkei gebildet werden müssten, die zu beiden Seiten einen gleichen Abstand besitzen. Die Berichte von Menschenrechtsorganisationen zeigten, dass beide Seiten in gewisser Weise schuldig seien.

(ANF, 30.11.06)

Beitrittsverhandlungen werden beschränkt

Die EU-Kommission empfahl den 25 Mitgliedsstaaten, über acht der insgesamt 35 Verhandlungsbereiche vorerst nicht zu verhandeln. Der Grund ist die anhaltende Weigerung der Türkei, ihre Häfen und Flughäfen für Schiffe und Flugzeuge des EU-Mitglieds Zypern zu öffnen. EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn rief die Türkei auf, bis zum Treffen der EU-Außenminister am 11. Dezember doch noch einzuliken. "Die EU braucht die Türkei, und die Türkei braucht die EU", sagte Rehn.

Der türkische Regierungschef Recep Tayyip Erdogan kritisierte die Empfehlung als "inakzeptabel". Dagegen sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel, sie unterstütze die Aussetzung bestimmter Verhandlungskapitel. Zugleich forderte sie die Türkei auf, das sogenannte Ankara-Protokoll zur Ausweitung der Zollunion auf das EU-Land Zypern endlich umzusetzen. Die Türkei hatte dieses Protokoll zwar im Juli 2005 unterzeichnet, sie weigert sich aber bis heute, ihre Häfen für zyprische Schiffe und Flugzeuge zu öffnen.

Die Kommission schlug vor, das Einfrieren der Gespräche auf die wirtschaftlich besonders wichtigen Bereiche zu beschränken: den freien Verkehr von Waren, Geld und Dienstleistungen, die Zollunion, Handel, Verkehr, Landwirtschaft und Fischerei. Damit verzichtete die Brüsseler Behörde ausdrücklich auf Forderungen nach einer völligen Aussetzung der Gespräche. Sie schlug auch keine neue Frist für die Türkei vor, um das Handelsproblem mit Zypern zu lösen. Die endgültige Entscheidung liegt bei den Mitgliedsstaaten. Sie wollen auf ihrem Gipfeltreffen am 14. und 15. Dezember in Brüssel entscheiden.

(Die Welt, 30.11.06; FAZ, 30.11.06; Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 3.12.06, Netzzeitung und die Welt, 5.12.06; FAZ, 6.12.06)

Ist der kurdische Waffenstillstand schon wieder beendet?

„Erstmals, seit die kurdische Arbeiterpartei PKK am 1. Oktober einen einseitigen Waffenstillstand erklärt hatte, hat es am 6. Dezember wieder einen größeren Anschlag auf türkische Soldaten gegeben. Der Angriff ereignete sich in der Provinz Sirtak nahe der irakischen Grenze. Nach Auskunft eines Militärsprechers waren die Soldaten in ihrem Transporter auf dem Weg zu einem Gesundheitsscheck im örtlichen Krankenhaus, als sie in eine Minenfalle gerieten. Durch zwei ferngezündete Minen starben drei Soldaten, weitere 14 wurden zum Teil schwer verletzt. Der Angriff der PKK war offenbar ein Vergeltungsschlag, nachdem die Armee bei einem Gefecht in derselben Gegend zwei Tage zuvor fünf PKK-Guerilleros getötet hatte.“

Wenn Vergeltungsschläge zur Regel werden, geht der Krieg weiter und die politische Dimension des einseitigen Waffenstillstandes ist verloren.

(taz, 7.12.006)

Deutsche Bank soll die Vermögen der armenischen Völkermordopfer zurückgeben

Armenische Verbände in Frankreich, Belgien, Niederlanden, Skandinavien, Griechenland, Zypern, Österreich, Deutschland und Großbritannien erklären und fordern (Auszug): „Wir rufen die Nachfahren der Völkermordopfer, sowie Europas Menschenrechtler, politische Elite und Staatsbürger auf, gegen die Deutsche Bank zu protestieren, aufgrund ihrer Weigerung, die Verantwortung für ihre Verbrechen von 1915 zu übernehmen, von denen sie noch heute profitiert.“

In einer ähnlichen Art und Weise wie die Versicherungsfirmer New York Life (USA) und AXA (Frankreich) hat die Deutsche Bank Kapital und Eigentum von Völkermordopfern hinterzogen und somit eine skrupellose Rolle bei der Vernichtung der armenischen Bevölkerung in der Türkei zwischen 1915 und 1923 gespielt.

Nach neuesten Schätzungen von Experten besaßen die Armenier im Osmanischen Reich zum Zeitpunkt des Genozids mehr als 20 Millionen Dollar, die von der Deutschen Bank treuhänderisch verwaltet wurden. Bis heute hat die Deutsche Bank den Nachfahren der Völkermordopfer diese Summen nicht ausbezahlt.

Was die Taten der Deutschen Bank noch erschwert ist die Tatsache, dass sie armenische Deportierte als Zwangsarbeiter beim Bau der Berlin-Bagdad-Bahn einsetzen ließ. Die armenischen Zwangsarbeiter wurden anschließend in die syrische Wüste deportiert und ermordet.

Der derzeitige Präsident der Deutschen Bank hat kürzlich sein Unternehmen für die Erfüllung „seiner sozialen Verantwortung“ gratuliert, eine Stellungnahme welche im starken Kontrast zu der Mitschuld des Unternehmens am Völkermord von 1915 und seiner Weigerung, die eigenen Verbrechen heute einzugestehen, steht.

Wir weisen darauf hin, dass New York Life und AXA in den vergangenen Jahren für ihre Verbrechen verurteilt wurden und begrüßen daher die Tatsache, dass jetzt ähnliche rechtliche Schritte gegen die Deutsche Bank eingeleitet worden sind.

Folglich appellieren wir an alle Bürger Europas die Deutsche Bank aufzufordern, ihren eigenen Maßstäben gerecht zu werden und somit die Verantwortung für ihre Verbrechen anzuerkennen und die bestohlenen Familien rechtmäßig zu entschädigen.

(<http://www.aga-online.org/de/aktionen>; newsletter@aga-online.org)

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/

DTF Infopost – Informationen des Demokratischen Türkeiforums, info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de

Kurdistan Rundbrief, www.kurdistan-rundbrief.de

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net

Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net

Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de, http://www.navend.de/

Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org, http://www.pen-kurd.org/